

Anton Pelinka

Der Zeitgeist, die Regierung und die Kirche

Anmerkungen zur wachsenden Politikunfähigkeit (in Österreich)

Die politische Landschaft in Österreich hat sich verändert. Bedenklicher als alle Sanktions-Diskussionen ist dabei eine Regierungspolitik, in der Solidarität keinen Stellenwert mehr zu haben scheint. Und auch die Kirche, so diagnostiziert der Innsbrucker Politologe, kann dem Verlust an sozialer Politik nichts entgegensetzen.

● Alle Welt spricht von der Globalisierung. Manche mit Zustimmung, manche mit einer Bereitschaft zum Widerstand; wieder andere mit erkennbarer Resignation. Die österreichische Bundesregierung, die am 4. Februar 2000 ihr Amt angetreten hat, zählt offenkundig zur ersten, sicherlich nicht zur zweiten Gruppe. Sie ist für die Globalisierung zwar nicht verantwortlich. Die Regierung Schüssel–Riess–Passer legt ihr aber auch nichts in den Weg.

Die (nun gar nicht mehr so) neue Regierung dereguliert; sie drängt den Sozialstaat zurück; sie setzt das um, was der Kanzler schon vor langer Zeit – bevor er noch Mitglied einer Bundesregierung wurde – vertreten hat: »Weniger Staat – mehr privat«. Mit Ausnahme des Sektors »Familienpolitik« werden Ausgaben zurückgenom-

men, werden Programme verkürzt, werden Menschen auf die Freiheit des Marktes verwiesen.

Das Ziel des Endes der Budgetdefizite unterstreicht dies nur: Über die »Maastricht-Kriterien« hinaus will diese Regierung dem Zeitgeist vorausseilen. Der Sozialstaat wird immer schmaler, die individuelle Vorsorge soll immer größer werden. Diese Entwicklung hat zwar keineswegs mit dieser Regierung begonnen – aber Schüssel und Riess–Passer beschleunigen das, was ohnehin en vogue ist: der »schlanke« Staat, der sich immer weniger für die Gesellschaft verantwortlich fühlt.

Das ist, für sich genommen, zunächst weder gut noch schlecht. Vor allem ist deutlich, dass jede Regierung, dass jeder Staat von der Globalisierung erfasst wird. Die Politikfähigkeit aller Staaten geht zurück – weil die Wirtschaft grenzenlos geworden ist, weil sie sich daher immer weniger von den einzelnen Staaten steuern oder auch nur beeinflussen lässt.

Die sozialen Konsequenzen sind deutlich. Zwar sind die meisten Menschen in Österreich materiell besser gestellt als je zuvor. Aber die Tendenz ist überdeutlich, dass der Abstand zwischen reich und arm wächst. Insbesondere aber wächst ein Abgrenzungsbedürfnis: Gegen die Globali-

sierung wenden sich die Rufe nach neuen, nach dichter gemachten Grenzen; gerichtet gegen die ImmigrantInnen; gegen die »Wirtschaftsflüchtlinge«.

Die tendenzielle Aufhebung aller Grenzen im Bereich der Wirtschaft nimmt jeder, auch der österreichischen, Regierung Handlungsspielraum weg. Die Ökonomie verschiebt Kapital und mit diesem auch Arbeitsplätze. Die Politik aber ist im Wesentlichen an Grenzen gebunden – keine österreichische Regierung kann der Flexibilität des Kapitals eine auch nur annähernd ähnlich flexible Politik entgegenstellen.

Diese Regierung spiegelt mehr als ihre Vorgängerin das, was der große Trend in aller Welt ist – der Nationalstaat verliert zunehmend seine Fähigkeit, Politik zu machen, Gesellschaft zu steuern. Es bleibt der Regierung zwar eine Fülle anderer Kompetenzen – »law and order«, der

*»Es geht die Fähigkeit verloren,
durch Politik einen
sozialen Ausgleich
zu fördern.«*

von Leben und Gesundheit, Eigentum und Besitz. Schrittweise geht aber die Fähigkeit verloren, durch Politik einen sozialen Ausgleich zwischen den Starken und den Schwachen in unserer Gesellschaft zu fördern. Daher werden die Schwachen schwächer und die Starken stärker – zumindest relativ, zumindest im Verhältnis zueinander.

Entsolidarisierung nach innen und nach außen

- Die Regierung ist also nicht verantwortlich für diese Entwicklung – sie signalisiert aber, dass sie die Entwicklung hinzunehmen bereit ist, ihr

jedenfalls nichts in den Weg stellen will. Damit sind aber die beiden wichtigsten Tendenzen zur Abnahme von Solidarität politisch freigegeben: Die Tendenz zur Abnahme nationaler Solidarität und die Tendenz zur Abnahme internationaler Solidarität.

Der Verlust an politischer Steuerungsfähigkeit, der sich in der allmählichen Rücknahme sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Programme äußert, verschärft den inneren Verteilungskampf. Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer stehen einander gegenüber, und der sie trennende Graben wird immer tiefer. Diejenigen, die zum »geschützten« Bereich etwa des öffentlichen Dienstes zählen, und diejenigen, die auf der Grundlage ihrer höheren Bildung der eigenen Zukunft mit Optimismus entgegen sehen können, sind denen gegenüber privilegiert, die im »ungeschützten« Bereich und ohne höhere Bildung zurecht Sorge und verständlicherweise Zukunftsängste haben.

Diese Verschärfung im Innenverhältnis führt zu einer verschärften Abgrenzung nach außen. Die Modernisierungsverlierer sehen im Abbau nationaler Grenzen eine besondere Bedrohung und reagieren nur zu oft mit aggressiven Ausschließungsneigungen. Objekte dieser Betonung eines sich zuspitzenden nationalen Wir-Gefühls sind »Ausländer«, sind »Fremde«, sind also insbesondere die MigrantInnen.

Fremdenfeindlichkeit ist kein neues Phänomen. Neu ist aber, dass die Xenophobie so deutlich streut – die Angst vor »Ausländern« ist den Modernisierungsgewinnern ziemlich fremd, sie ist hingegen ein Definitionsmerkmal der Modernisierungsverlierer. Die Folge ist ein wachsender Ethno-Nationalismus, der Europa ebenso erfasst wie andere Teile der Welt. Zwischen »uns« und den »anderen«, den Fremden, wird von vielen immer schärfer unterschieden. Der Verlust an der Fähigkeit und Bereitschaft zur Solidarität im

Innenverhältnis hängt mit dem Solidaritätsverhältnis im Außenverhältnis kausal zusammen.

Damit sind aber Kirchen und Religionsgemeinschaften gefordert. Denn die Bereitschaft zur Einschließung, zur Solidarität, ist ein gemeinsamer Nenner der verschiedenen Religionen. »Caritas« verbindet – und eben diese »Caritas« ist bedroht; nicht durch eine bestimmte Regierung, sehr wohl aber durch die von dieser Regierung akzeptierten Tendenzen.

Kirche: durch Säkularisierung marginalisiert

● Die verschiedenen Untersuchungen von Zulehner und Denz zeigen, dass die bewussten ChristInnen in Österreich ein überdurchschnittliches Potential zur Solidarität aufweisen. Allerdings gibt es immer weniger bewusste ChristInnen. Diese sind eine schrumpfende, wenn auch eine politisch noch relevante Minderheit.

Säkularisierung bedeutet, dass die römisch-katholische Kirche seit Jahrzehnten quantitativ an Gewicht verliert; und dass dieser Gewichtsverlust nicht anderen Kirchen oder Religionsgemeinschaften, sondern den religiös relativ

»Politik und Gesellschaft kaum noch kirchlich bestimmt«

Gleichgültigen zugute kommt. Säkularisierung bedeutet, dass die Kirchen immer weniger Werte bestimmen und so die Gesellschaft prägen können; dass sie immer mehr in die Rolle der macht- und einflusslosen Zuseher gedrängt werden. Säkularisierung bedeutet, dass Politik und Gesellschaft kaum noch kirchlich bestimmt werden.

Dieser in Österreich relativ verspätete Prozess der Säkularisierung nimmt der nach wie vor

dominanten Kirche und den anderen Religionsgemeinschaften die Fähigkeit, das in ihnen angelegte Solidaritätspotential wirksam einsetzen zu können. Kirche ist ein Minderheitsphänomen. Die Kirche – und zwar jede Kirche – findet sich in Österreich in der Diaspora. Und in dieser kann sie zwar existieren, kann sie auch mit der Toleranz einer eher gleichgültigen als feindseligen Gesellschaft rechnen. Sie kann aber nicht davon ausgehen, diese Gesellschaft prägen zu können.

Für die regierende Mehrheit in Österreich heißt dies, dass sie bei ihren politischen Kalkülen den Faktor Kirche offensichtlich vernachlässigen kann. Es steht zu vermuten, dass kein Mitglied dieser Regierung – gleichgültig, wie dessen persönliches Verhältnis zu Kirche und Religion ist – besondere Überlegungen zur Vereinbarkeit der Regierungspolitik mit der Sozialethik der Katholischen oder auch einer anderen Kirche oder Religionsgemeinschaft anstellt: Kirche und Religion sind zu sehr Randfaktoren unserer Gesellschaft geworden. Das Solidaritätspotential der Kirche(n) hat daher keinen irgendwie erkennbaren Einfluss auf die Politik der Regierung.

Kirche: durch Pluralisierung paralyisiert

● Diese Politikunfähigkeit der Kirche ergänzt die wachsende Politikunfähigkeit des Nationalstaates und der Regierung. Die kirchliche Marginalisierung wird noch ergänzt durch das Phänomen der Paralyisierung. Das zeigt sich sowohl dann, wenn unter Kirche primär die (katholische) Bischofskirche verstanden wird, als auch dann, wenn Kirche als »Volk Gottes«- oder Laienkirche gesehen wird.

Die (katholischen) Bischöfe sind in Österreich durch ihren Pluralismus gelähmt. Die deutlich erkennbaren Differenzen – am Beispiel des

»Kirchenvolks-Begehrens« und anderer innerkirchlicher Problemstellungen – paralisieren die Bischofskirche deshalb, weil es offenkundig keine innerösterreichischen Mechanismen gibt, die eine Entscheidungsfindung ohne die römische Zentrale ermöglichen.

Die innerkirchliche Lähmung der Bischofskirche macht es dieser erst recht unmöglich, zu einer Politik gegenüber der Regierung zu finden. Die Bischofskonferenz ist ganz gewiss kein Faktor, an den die Regierung denkt, wenn sie über

»Die Politikunfähigkeit der Kirche ergänzt die wachsende Politikunfähigkeit des Nationalstaates und der Regierung.«

die sozialen Konsequenzen ihrer Budgetpolitik reflektiert; wenn sie über die Gestaltung der Migrationspolitik befindet. Die Bischofskirche ist ein – politischer – Nullfaktor.

Das ist, im Sinne einer zumeist gewünschten Trennung von Kirche(n) und Parteipolitik, kein unbedingt negativ zu bewertendes Merkmal. Das ist, wenn man die sozialetischen Ansprüche der Kirche(n) in Rechnung stellt, hingegen sehr wohl ein negatives Merkmal.

Dieser Befund wird durch den wachsenden politischen Pluralismus der Laienkirche ergänzt. Die schrumpfende Minderheit der »aktiven« ChristInnen lässt sich weniger als je zuvor auf eine bestimmte Loyalität, auf eine bestimmte Partei festlegen. Die politische Polarisierung, die in Österreich im Zusammenhang mit der neuen Regierung eingetreten ist, geht quer durch die Kirche(n). Die Auseinandersetzung in der Evangelischen Kirche rund um das politische Engagement der Superintendentin des Burgenlandes

unterstreicht dies: In den aktuellen politischen Konflikten stehen ChristInnen auf der einen wie auch auf der anderen Seite. »Die Kirche(n)« gibt es daher in diesen Konflikten gar nicht.

Deshalb sind Kirche(n) und ChristInnen in einer schwierigen Lage. Der Rückzug des Staates aus der Gesellschaft, Produkt der Globalisierung, von der neuen österreichischen Regierung jedenfalls nicht erkennbar gebremst, schafft neue soziale Spannungen. Diese neuen Gegensätze produzieren keine kirchliche Antwort. Sie produzieren aber kirchliche Antworten. Und diese stehen nur zu oft gegeneinander.

Der politische Pluralismus, in Verbindung mit dem Säkularismus, lässt den einzelnen Christen, die einzelne Christin oft vereinzeln. Die Formulierung des politischen Engagements wird von Person zu Person, wird von Fall zu Fall verschieden gelingen. In Zeiten großer sozialer Harmonie und eines breiten politischen Konsenses wird diese Vereinzelnung wohl weniger als Last

»Die Bischofskirche ist ein – politischer – Nullfaktor.«

empfunden als in Zeiten der politischen Polarisierung und tiefer gesellschaftlicher Brüche. Der – verständliche – Wunsch, »die Kirche« zu verändern, wird in diesem sich so radikal verändernden politischen Raum unerfüllt bleiben.

Literatur:

- Anton Pelinka, Austria. Out of the Shadow of the Past, Boulder 1998.
 Paul M. Zulehner (Hg.), Kirchenvolks-Begehren und Weizer Pfingstvision. Kirche auf Reformkurs, Düsseldorf 1995.
 Paul M. Zulehner u.a., Solidarität. Option für Modernisierungsverlierer, Innsbruck 1996.